

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/161

Bonn, den 24. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Bewußtseinspaltung</u> Was soll Staatssekretär Carstens in Moskau ?	46
1a	<u>Die Glosse:</u> <u>Die "Intelligen" von der "Akademie"</u> Wart über die Wahlkämpfer der CDU nicht mehr reden sollen	45
2	<u>Der Notstand auf den Straßen</u> Nur Erhard versucht zu bagatellisieren Allein auf weiter Flur Von Walter Faller, Mitglied der Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments	43
3- 4	<u>Die Kommunen müssen noch mehr sparen</u> Verheerende Folgen Von Klaus Rusticus, Hannover	68
5	<u>Finanzminister a. D. auf falscher Fährte</u> Herr Etzel soll den Altkanzler fragen	47
6	<u>Ürgüplü in Moskau</u> Das Kräftespiel auf dem Balkan Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	58

+ + +

Bewußtseinspaltung

Was soll Staatssekretär Carstens in Moskau ?

Am 22. September d.J., drei Tage nach der fünften Bundestagswahl, wird in Moskau die Internationale Chemieausstellung eröffnet werden. Die deutsche Industrie hat die größte Ausstellungsfläche, sie stellt auch die meisten Teilnehmer und versucht im Wettlauf um den Rubel, ihre Konkurrenten zu übertrumpfen. Die Sowjetrussen sehen das nicht einmal ungern, sie wissen die Qualität deutscher Chemieprodukte zu schätzen. Viele moderne chemische Anlagen in der Sowjetunion tragen bundesrepublikanische Firmenzeichen, darunter von solchen Firmen, die einst als Prototyp des "Imperialismus und Militarismus" verschrien und geächtet waren. Im Bereich des internationalen Geschäfts gelten keine ideologischen Herrungen. So ist der Generalbevollmächtigte einer weltberühmten westdeutschen Firma in Moskau stets ein hochwillkommener Gast. Seine Weltoffenheit und seine Unbefangenheit, gepaart mit geschäftlicher Tüchtigkeit, öffnen ihm die Türen zu neuen Erfolgen.

Für unser Volk erwächst daraus kein Schaden, im Gegenteil, es läßt sich für beide Seiten zum Vorteil, so manches dabei herausholen. Die noch amtierende Bundesregierung legte den deutschen Ausstellern keine Schwierigkeiten in den Weg; sie förderte sie auf mannigfache Weise.

Um diese Moskauer Chemieausstellung, die mit einem "Deutschen Tag" verbunden ist, hat sich schon viel publizistisches Rankenwerk geknüpft. Es sind nicht die geschäftlichen Aspekte, die Spekulationen, Hoffnungen und Erwartungen auslösen. Die vorgesehene Entsendung von Staatssekretär **Carstens**, des zweitwichtigsten Mannes im Bonner Auswärtigen Amt, gibt dem ganzen Unternehmen einen hochpolitischen Anstrich; die Propagandisten der Bundesregierung tun so, als ob damit eine neue Phase zwischen Bonn und Moskau eröffnet würde. Ginge es nach den Zuständigkeiten, dann müßte eigentlich Herr Staatssekretär **Lahr** anstelle von Carstens nach Moskau reisen. Lahr gilt als Experte für internationale Wirtschaftsfragen; in Bukarest bei der Eröffnung der ersten westdeutschen Industrieausstellung in der Nachkriegszeit machte er eine gute Figur.

Mit Carstens hat es jedoch eine besondere Bewandnis. Nach den Willen der Bundesregierung soll er Kontakte mit den führenden Männern des Krenl aufnehmen und sein Gesprächsthema soll den weiten Bereich der unbefriedigenden deutsch-sowjetrussischen Beziehungen berühren. Das sind weitgehende Direktiven.

Dagegen wäre nichts einzuwenden. Das Gespräch mit jener Macht, ohne deren Zustimmung Friedensvertrag und Wiedervereinigung nicht zu erreichen sind, muß ohnehin geführt werden. Warum aber, so stellt sich die Frage, erhebt die gleiche Bundesregierung oder vielmehr die Unionsparteien gegen Willy **Brandt** die unqualifizierte aus der Luft gegriffene Beschuldigung, er strebe mit seinen Forderungen nach dem Versuch einer friedensvertraglichen Regelung mit der Sowjetunion - natürlich im Einverständnis mit unseren westlichen Verbündeten - einen Ausverkauf der deutschen Interessen an? Diese Unterstellung gilt einem Mann, der an der empfindlichsten Stelle deutscher Politik, in der gespaltenen Hauptstadt unseres gespaltenen Vaterlandes, als Regierender die Hauptverantwortung trägt, deutsche Lebensinteressen wohl zu wahren weiß und dem Druck eines Chruschtschow-Ultimatums widerstand. Diesen Tietschlag der Bundesregierung, die über Carstens selbst das Gespräch mit der Sowjetunion sucht, oder zu suchen vorgibt, verrät eine Bewußtseinspaltung von beängstigendem Ausmaß.

Die "Intelligenen" von der "Akademie"

Worüber die Wahlkämpfer der CDU nicht mehr reden sollen

EM - Aus einer Sitzung der CDU-Wahlkampfleitung wird uns berichtet, daß dort ein tüchtiger Stratege mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gefordert habe, die Wahlkampfredner müßten endlich aufhören, die Intelligenen zu beschimpfen; auch das Herumreiten auf der Akademie sei höchst abzuräumen für Adenauers Partei. Wenn der, der während der Wahlkampfstrategie, auch selbst nicht allzu viel von den Deutern hält, "die immer nur schreiben und reden, aber nichts tun", so müsse man doch bedenken, daß es zahlreiche Wähler gebe, die immer noch einen Boll, Grass oder Hochhut im Bücherschrank hätten. Außerdem, so fügte der Wahlkampfstrategie hinzu, könne bei solchen Reden gegen die Romanschreiber das Ausland glauben, man wolle in Deutschland wieder einmal Bücher verbrennen. Das sei aber bestimmt nicht die Absicht der CDU.

Nach einer so gewichtigen Rede meinte der frühere Kanonier aus dem Ersten Weltkrieg und jetzige Richtschütze gegen die höchst verächtliche Einnischung von Künstlern in die Politik, er wisse wenigstens, daß es nicht Intelligenen und Akademie heiße, sondern Intellektuelle und Akademie. Im übrigen vertrete er sich eine solche ungebildete Kritik, denn das gesunde Volkserfinden der Deutschen sei immer noch auf der Seite jener, die Nägel mit Köpfen machen und nicht dort, "wo um die Sache herumgeschrieben" werde.

In besagter Sitzung gab es dann eine lange Diskussion darüber, ob man mit der Anrempelung von Schriftstellern "und ähnlichen Leuten" Wähler gewinne oder verstoße. Die Mehrheit der Wahlkampfleitung neigte zu der Auffassung, die Romanschreiber seien zwar in der Minderheit, wenn man jedoch die Auflagenziffer ihrer Bücher addiere, ergebe sich ein ganz schöner Haufen potentieller CDU- oder Erhard-Anhänger, die man ja schließlich auch berücksichtigen müsse.

Der Beschluß lautet dann auch: Die Wahlredner der CDU werden gehalten, nicht mehr allzu sehr auf "Romanschreiber und ähnliche Leute" zu schimpfen. Ausnahmen seien nur dort erlaubt, wo die Zusammensetzung des Publikums in einer Versammlung von vornherein die Gewähr dafür bietet, daß die Zuhörer nur wenige Bücher in ihrem Bücherschrank stehen hätten. Dies zu ergründen, sei Aufgabe der örtlichen Wahlkampfleitung und müsse dem Redner vor Beginn der Versammlung mitgeteilt werden. Am besten sei es jedoch, so wurde betont, das Thema überhaupt aus einer Wahlrede herauszulassen. Man könne allenfalls erlauben, daß die Wahllokomotive gelegentlich einmal Dampf ablasse; es sei jedoch tunlichst zu vermeiden, auch anderen Rednern ähnliches zuzubilligen.

Der dies sagte, soll Herr Barzel gewesen sein. Er wollte damit andeuten, daß es bei Herrn Erhard gar nicht mehr darauf ankomme, was er sage, weil dieser doch nicht mehr Bundeskanzler werden könne...

Es wird glaubhaft versichert, aber bestimmt von der Wahlkampfleitung der CDU demontiert werden, daß man sich in besagter Sitzung völlig einig gewesen sei, wie überhaupt das Gerede der Sozialdemokraten, bei der CDU ginge es drunter und drüber, jeder Grundlage entbehre.

Der Notstand auf den Straßen

Kur Erhard versucht ihn zu begatellisieren
Allein auf weiter Flur

Von Walter Faller, Mitglied des Verkehrsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments

Wenn von der SPD behauptet werde, die Regierungsparteien hätten die Gemeinschaftsaufgaben vernachlässigt, dann müsse er sagen, daß das Verkehrschaos eine Folge des wirtschaftlichen Aufstiegs sei. So entschuldigte sich der noch antierende Ludwig Erhard auf einer müßig besuchten Wahlkundgebung in Bad Hersfeld. (Auch den Bildungsnotstand bezeichnete Erhard der Einfachheit halber kurzerhand als "Schwindel".)

Herr Erhard hat bei seiner Schimpferei nur übersehen, daß ihm und seiner zerstrittenen Koalition keineswegs nur von der parlamentarischen Opposition Vorwürfe wegen offensichtlicher Versäumnisse gemacht werden. Vom ADAC z.B. sind ebenso harte und berechtigte Vorwürfe gekommen. Die "Deutsche Straßenliga" (Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des deutschen Autobahn- und Straßenwesens) schrieb zur Flucht des Herrn Erhard in die billige Entschuldigung in seinem Pressedienst schon am 17. August: "Mangellagen als Wohlstandsfolgen herunterzuspielen, ist gefährlich!"

Nun, da der Kanzler schon mal am Schimpfen ist, kann er also auch gegen den ADAC und die Deutsche Straßenliga noch angehen. Selbst der früheren Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Professor Dr. Hettlage, kann er noch miteinbeziehen, denn dieser hohe Beante hatte 1962 auf dem Deutschen Straßentag in Hamburg erklärt, daß mehr hätte geschehen *m ü s s e n* und mehr hätte geschehen *k ö n n e n*. Und falls Herr Erhard auch der Kronzeuge aus dem Bundesfinanzministerium noch nicht genügen sollte, müßte er sich einmal die Rede des CDU-Präsidenten von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, nachlesen, der 1960 vor dem CDU-Parteitag in Karlsruhe auf die Verhältnisse auf den deutschen Straßen hingewiesen und dabei gesagt hat, "dies kann keine verantwortliche Regierung auf die Dauer hinnehmen", es müßten außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden.

Aber dabei blieb es. Natürlich wurden Straßen gebaut, jedoch die von Meyers für nötig gehaltenen außerordentlichen Maßnahmen blieben aus: Die große Gemeinschaftsaufgabe wurde nicht mit Mut und Tatkraft angepackt. Die Deutsche Straßenliga meinte nur vor einigen Tagen:

- * "Der 5. Bundestag steht vor schwerwiegenden und weitreichenden
- * straßenbaupolitischen Entscheidungen. Die von ihm zu lösenden
- * Probleme durch einen floskelhaften Mischmasch von Wohlstand
- * und Notstand zu verniedlichen, ist für seine Entscheidungskraft
- * höchst gefährlich.
- * Also lassen wir das - gerade auch in den kommenden Wahlwochen,
- * damit sich nirgends das Gefühl festsetzt, es sei ja alles gar
- * nicht so schlimm. Wir stehen in der Straßenbaupolitik gewiß
- * vor lösbarer Problemen, aber nur wenn wir uns dessen bewußt
- * sind, daß angesichts ihrer außerordentlichen Größe die äußerste
- * Kraft und ein erheblicher politischer Wagemut vornöten sind."

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Die Kommunen müssen noch mehr sparen

Verheerende Folgen

Von Klaus Rusticus, Hannover

Wenn es dem neuen Bundestag nicht gelingen sollte, eine echte Finanzreform in Verbindung mit einer den wirklichen Verhältnissen entsprechenden Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden herbeizuführen, dann werden die Folgen für die Kommunen verheerend sein. Die Verschuldung der westdeutschen Städte und Gemeinden hat die Höhe von insgesamt 25 Milliarden DM erreicht.

Zweigstellen-Steuern fallen weg...

Die Verhandlung über die Verfassungsmäßigkeit der Zweigstellen-Steuer endete zunächst mit der Nichtigkeitserklärung des § 17 des Gewerbesteuergesetzes durch das Bundesverfassungsgericht. Angesichts der Tatsache, daß es sich bei den Beschwerdeführern um Waren- und Einzelhandelsfirmen handelte, hat das Bundesverfassungsgericht die Nichtigkeitserklärung auf die zusätzliche Belastung dieser Unternehmen mit der Zweigstellen-Steuer beschränkt.

Die Kommunen pochten bei der Erhebung dieser Steuer auf ein Gesetz, dessen Gültigkeit immerhin fünfzehn Jahre lang nicht angezweifelt worden war. Im Gegenteil: Diese Steuerforderung erfuhr durch Urteilsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und darüberhinaus durch bindende Anweisung des Bundesfinanzhofes eine noch stärkere Legalität. Daß sie jemals durch höchstgerichtliches Urteil als illegal bezeichnet werden sollte, glaubte niemand.

Mit der Nichtigkeitserklärung ist aber ferner auch eine Rückzahlungsverpflichtung verbunden, die wesentlich größere Löcher in die kommunalen Haushalte knabbern wird, da sich der jährliche Verzicht auf zukünftige Zweigstellen-Steuern in den Haushaltsplänen niederschlagen dürfte. Großstädte wie Essen und Köln müssen immerhin mit Rückzahlungen in einer Größenordnung von 7 - 9 Millionen DM rechnen.

Wenn nunmehr auch noch die Nichtigkeitserklärung auf Banken- und Kreditunternehmen ausgedehnt würde, dann würde mancher Gemeinde noch mehr finanzielle Substanz entzogen. Zur Gültigkeit dieser Steuerart für Banken und Kreditinstitute hat das Bundesverfassungsgericht nicht Stellung genommen; es ist aber von dieser Seite mit einer baldigen Vorstoß zu rechnen.

2/KZ/16

Außerdem zielt noch eine Verfassungsbeschwerde dahin, den Kommunen die Erhebung von Lohnsummensteuern streitig zu machen. Wenn man ihnen dieses Recht auch noch nehmen wollte, dann bliebe ihre summarische Bankrotterklärung nicht aus.

Die Gemeinden sind bereits überfordert

Es wurde bereits gebührend in der Öffentlichkeit dargelegt, daß es sehr fragwürdig stimmen muß, wenn man im Zuge der Erhöhung des Diskont- und Lombardsatzes auch die Kommunen zwingen will, den Kapitalmarkt weniger als bisher in Anspruch zu nehmen. Jener Emissionsstopp für Kommunalobligationen muß dann ganz einfach zu einer Misere besonders für die Investitionshaushalte der Gemeinden führen.

Die Kommunen sind heute bereits überfordert. Erhalten sie in Zukunft nur sehr schwierig Kredite, oder werden sie für diese und jene Stadt sogar unerschwinglich, dann werden weder die Bundesländer noch der Bund Parte für laufende Vorhaben stehen, die einfach nicht auf Eis gelegt werden können.

Effektivzinssätze liegen schon bei 6 Prozent

Die Darlehenbedingungen auf dem Kapitalmarkt verschlechtern sich zusehends. Beim Zinssatz und Disagio für Kommunaldarlehen ist ferner mit einer steigenden Tendenz zu rechnen. Bereits heute liegen die Effektivzinssätze schon bei acht Prozent.

Je teurer aber Kommunaldarlehen werden, desto geringer werden auch die Aussichten auf einen zügigen Fortgang kommunaler Vorhaben. Diese Tatsache allein zwingt zu Einschränkungen. Die Aufsichtsbehörden der Länderregierungen sind gehalten, über die Verschuldung für sogenannte unrentierliche Zwecke zu wachen und u.U. einen Sperrriegel vorzuschieben, wenn eine Kommune die zwar nicht allgemeingültige, doch jedenfalls meßbare Schuldenoberstgrentze zu überschreiten versucht.

Westdeutsche Gemeinden, die noch aus der Vollen schöpfen können, sind heute in der krassen Minderheit. Die Mehrzahl der Kommunen befindet sich bereits in einer angespannten Phase der Finanznot. Ihnen alsbald Herr zu werden, ist das -sachliche- Gebot der Stunde. Frei von jedweden Wahltaktischen Überlegungen macht es jedoch die Institutionen nicht bar aller Schuld und löst sie auch nicht aus einer polemischen Sphäre.

Wenn daraus nicht die Hoffnung erwachsen sollte, daß in den nächsten vier Jahren nicht eine -den Gemeinden und Städten wohltuendere- Atmosphäre in Bonn entstünde, dann wird es - wie man so schön sagt- um die "Keimzellen der Demokratie" sehr schlecht bestellt sein.

Finanzminister a.D. auf falscher Fährte

Herr Etzel soll den Altkanzler fragen.

sp. - Der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere Finanzminister Dr. Etzel führt in den letzten Tagen einen hartnäckigen Propagandakrieg gegen die SPD. Er will mit aller Gewalt davon ablenken, daß für die schwierige Lage der Bundesfinanzen niemand anders die Verantwortung in vollem Umfange trägt und tragen kann, als jene Fraktionen, die im Bundestag über eine klare Mehrheit verfügten und deshalb auch die Bundesregierung stellten. Mit allen Rechten, aber auch mit allen Früchten.

Statt sich mit Regierung und Parlamentsmehrheit auseinanderzusetzen, hängt er der SPD mit aus der Luft gegriffenen Zahlen Klötze ans Bein und tut so, als hätten in den letzten Jahren in Bonn die Sozialdemokraten und nicht die Christlichen und die Freien Demokraten regiert, als müsse die SPD sich als bisherige Regierungspartei verantworten.

Herr Etzel war Präsident des sogenannten Wirtschaftstages der CDU/CSU in Düsseldorf. Herr Etzel war entscheidend an der Gestaltung der "99 Thesen" beteiligt, auch an der Formulierung der These 56, in der es heißt: "Es ist nicht zu erkennen, wie der von Grundgesetz vorgeschriebene Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben in 1966 ohne Steuererhöhungen zustande kommen soll." Und in der gleichen These 56 sind Etzel und seine Mitstreiter der Meinung, die Bundesregierung müsse Artikel 113 anwenden.

Herr Etzel richtet nun dauernd Fragen an andere. An die SPD vor allem. Aber er hat geschwiegen, als Finanzminister Dählgrün erklärte, seiner Mission sei es kein Minister für Steuererhöhungen und stumm blieb er auch, als der schwankende Kanzler samt seiner schwankenden Regierung der Empfehlung des Wirtschaftsrates nicht folgten, Artikel 113 anzuwenden. Herr Etzel sollte also endlich sich und seiner Partei Fragen vorlegen und sie beantworten.

Er sollte vor allem auch den Altkanzler fragen, was er meinte, als er auf dem Wirtschaftstag unter Beifall - auch von Herrn Etzel - erklärte: "Die Finanzen! Ich glaube, daß in den nächsten vier Jahren der Finanzminister im Kabinett der entscheidende Mann sein wird. Er trägt in erster Linie auch die Verantwortung; er muß den Überblick haben. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Finanzen wieder in Ordnung kommen."

Wirtschaftstagspräsident Dr. Etzel hat übrigens Dr. Adenauer für seine Mahnung ausdrücklich gedankt, daß er nicht nur gelobhudelt, sondern auch Kritisches gesagt habe, denn das sei nötig! Aber die Kritik an unseren Finanzen kann nicht nur lobenswert und nötig sein, wenn Altkanzler Adenauer sie ausspricht, sie ist ebenso richtig und notwendig, wenn der Finanzminister der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft, wenn Dr. Alex Möller die Finger auf die offene Wunde der derzeitigen Haushalts- und Finanzpolitik legt. Wer das nicht wahrhaben will, dem geht es nicht um die Beseitigung der Ursachen, sondern um reine Augenwischerei. Herr Dr. Etzel möge seinen Parteivorsitzenden und Altkanzler fragen!

Ürgüplü in Moskau

Dr. B.M. - "Der kranke Mann am Bosphorus" scheint seit Bismarcks Tagen immer noch nicht geheilt zu sein. Die Türkei befindet sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer ununterbrochenen Wirtschaftskrise. Im Jahre 1947 begannen die Amerikaner mit der Truman-Doktrin in das "Faß der Danaiden" Dollars zu gießen. Die ohne Zweifel wichtige strategische und geographische Lage der Türkei rechtfertigte die jeweiligen amerikanischen Präsidenten dem Kongreß gegenüber, wenn sie eine Erhöhung oder Verlängerung der Hilfe für Ankara forderten. Schon John Foster Dulles betrachtete die Türkei als den treuesten Verbündeten des Westens und als ein Bollwerk gegen den Kommunismus.

Neben der militärischen Hilfe gewährten viele Nato-Länder der Türkei auch wirtschaftliche Unterstützung; die bundesdeutsche Industrie stellte sehr bald fest, daß die Türkei ihre Schulden nicht tilgte. Neue Anleihen mußten daher bei den Westmächten aufgenommen werden, um die alten Schulden zu bezahlen. Dieser circulus vitiosus festigte jedoch die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Türkei nicht. Obwohl die Türkei nicht direkt in den Zweiten Weltkrieg verwickelt war, mußten Washington, London oder Bonn ständig mit Krediten eingreifen, um das Land vor dem Bankrott zu bewahren. Als der Strom der Finanzen etwas nachließ, erinnerte sich die Türkei daran, daß es an der Zeit wäre, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Den Anlaß dazu gab die Zypernkrise. Als Ankara 1964 wiederholt mit einer Invasion der Mittelmeerinsel drohte, fand es dabei keine Unterstützung des Westens; langsam, aber methodisch bahnte sich die Annäherung an Moskau an.

Mit dem kürzlichen Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Ürgüplü in der Sowjetunion trat eine Wende in den Beziehungen der beiden Länder ein; darüberhinaus entsteht eine neue Situation auf dem Balkan. Die Türken haben in Moskau hauptsächlich wirtschaftliche Fragen erörtert. Jetzt soll eine Intensivierung der gegenseitigen Handelsbeziehungen erfolgen. In der Zypernfrage wurde den Türken eine zurückhaltende Unterstützung zugesagt, was der heutigen Regierung bei den bevorstehenden Parlamentswahlen am 10. Oktober zugute kommen kann. Das wichtigste Ergebnis des türkisch-sowjetischen Dialogs ist aber, auf lange Sicht gesehen, die Verbesserung der Stellung Moskaus in seinem neuralgischen südlichen Raum. Ankara wird aber seine Beziehungen zum Westen und zu den Nato-Ländern genauso aufrechterhalten wie es auch nicht an eine Kursänderung seiner traditionellen Politik denkt. Bei diesen realistischen Überlegungen bleibt nur jedoch kein Raum mehr für Loblieder auf die Türkei als "Bastion des Westens".

Für den Kreml bedeutet die Verbesserung der Beziehungen zur Türkei eine neue Phase der Kräfteverteilung im Nahen Osten und auf dem Balkan. Nachdem der Balkanpakt zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei seit 1956 nur mehr auf dem Papier steht, hat Moskau zahlreiche Initiativen ergriffen, um die früher dem Westen günstigere Konstellation auf der Balkanhalbinsel zu seinen Gunsten zu verändern. Es ist ihm nicht gelungen, diese Pläne zu verwirklichen, da Albanien seit 1960 ein Satellit Pekings ist, und Rumänien in letzter Zeit eine unabhängigere Politik betreibt. Die Emanzipation Titos ist schon seit langem ein schwerwiegendes Handicap für die Perspektiven eines kommunistischen Balkanbundes, wie ihn Dimitrow mit Unterstützung Stalins angestrebt hatte. Bei diesen inneren Schwierigkeiten bedeuten die Reisen Gromykos nach Ankara und Ürgüplü nach Moskau sowie der vereinbarte Gegenbesuch Kossygin in Ankara für die sowjetische Politik einen Hoffungsstrahl zur Wiederbelebung der Beziehungen, die Lenin und Atatürk in den 20er Jahren verbanden. - Die weitere Gestaltung des türkisch-sowjetischen Verhältnisses ist jedoch abhängig von der gesamten Entwicklung der Ost-Westpolitik in Südosteuropa. Denn es ist zu erwarten, daß Washington seinerseits bald die Initiative in diesem Raum ergreifen wird. + + +